Stand: 14.11.2025 10:06:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2851

"Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierten Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/2851 vom 04.08.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4282 des KI vom 13.11.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/4542 vom 27.11.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

04.08.2014 Drucksache 17/2851

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierten Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags hinsichtlich der grundlegenden Überarbeitung des Themenfeldkatalogs politisch motivierte Kriminalität unter Hinzuziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt wird und
- eine eigene Erfassung antimuslimisch motivierter Straftaten unter dem Themenfeld der Hasskriminalität eingeführt wird.

Soweit eine bundesweit einheitliche Regelung nicht möglich sein sollte, ist die Staatsregierung aufgefordert, eine eigene Statistik für Bayern umzusetzen.

Begründung:

In den Schlussberichten der Untersuchungsausschüsse "Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)" in der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags und "Rechtsterrorismus in Bayern – NSU" in der 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags haben sich alle Fraktionen zu politischen Handlungsempfehlungen im Bereich der Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Prävention gegen Rechtsextremismus geeinigt.

Eine Empfehlung des Bundestagsuntersuchungsausschusses bezieht sich dabei auf das Themenfeld der politisch motivierten Kriminalität (PMK), das nach Ansicht des Untersuchungsausschusses unter Hinzuziehung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft grundlegend überarbeitet werden muss. Bereits seit Jahren wird seitens verschiedener zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteurinnen und Akteure eine Überarbeitung des Definitionssystems der PMK angemahnt. Die PMK-Statistik kann jedoch keine umfassenden Lagebilder ersetzen. Sie dient in erster Linie polizeilichen Zwecken der Strafverfolgung und muss immer im Zusammenhang mit weiteren Faktoren, wie einzelnen Ereignissen, der Entwicklung der rechtsextremen Szene oder gesellschaftlicher Debatten betrachtet werden. Eine möglichst genaue Erfassung der politisch motivierten Kriminalität ist deshalb wichtig. Die Forderung nach einer Ergänzung des Themenfeldkatalogs zur politisch motivierten Kriminalität um antimuslimische Straftaten wird seit vielen Jahren von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich des Antirassismus und auch von muslimischen Gemeinden erhoben. Im Definitionssystem der politisch motivierten Kriminalität werden antimuslimische Straftaten unter dem Thema Hasskriminalität erfasst, aber nicht gesondert benannt, wie etwa Straftaten aufgrund von Antisemitismus, Rassismus oder gegen die sexuelle Orientierung. Für eine Statistik, die möglichst genau die Realität politisch motivierter Kriminalität erfassen soll, wäre eine gesonderte Erfassung antimuslimischer Straftaten sinnvoll. Auf der Innenministerkonferenz wurde eine Erweiterung des Themenfeldkatalogs bereits im Herbst 2011 und erneut im Frühjahr 2013 abgelehnt.

Sollte eine bundeseinheitliche Umsetzung der Erfassung antimuslimischer Straftaten auch weiterhin nicht möglich sein, ist Bayern aufgefordert hier mit einer eigenen Erfassung voranzugehen.

Aus der Perspektive von Betroffenen ist die Anerkennung der politischen Dimension der Gewalt von großer Bedeutung. Denn ihnen ist sehr bewusst, dass ihre Angehörigen nicht zufällig zum Angriffsziel wurden, sondern stellvertretend für eine ganze Gruppe von Menschen, die nicht in das Weltbild von Rechtsextremen und/oder rassistischen Personen passen. Wird eine solche Straftat nicht als politisch motiviert anerkannt, wird dies als Zeichen fehlender Solidarität und unzureichendem Bekenntnis zu gesellschaftlicher Vielfalt empfunden. Hier gilt es für Sensibilität in den Fällen zu sorgen, bei denen potenzielle Opfergruppen rechter Gewalt angegriffen wurden und/oder bekannte Neonazis an Straftaten beteiligt waren.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

13.11.2014 Drucksache 17/4282

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/2851

Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierten Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- Im Satz 1 erhält der zweite Spiegelstrich folgende Fassung:
 "- eine eigene Erfassung antireligiös, insbesondere antimuslimisch, antisemitisch und antichristlich motivierter Straftaten unter dem Themenfeld der Hasskriminalität eingeführt wird."
- 2. Der Satz 2 wird gestrichen.

Berichterstatterin: Katharina Schulze Mitberichterstatter: Manfred Ländner

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 1. Oktober 2014 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 13. November 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Florian Herrmann

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.11.2014 Drucksache 17/4542

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/2851, 17/4282

Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierter Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags hinsichtlich der grundlegenden Überarbeitung des Themenfeldkatalogs politisch motivierte Kriminalität unter Hinzuziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt wird und
- eine eigene Erfassung antireligiös, insbesondere antimuslimisch, antisemitisch und antichristlich motivierter Straftaten unter dem Themenfeld der Hasskriminalität eingeführt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Abstimmung

über eine Verordnung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Nachdem Ihnen allen inzwischen die Beschlussempfehlung vorliegt, können wir diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause erledigen. Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 6 bis 10, die bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden sind. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die namentliche Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 11 – "Behandlung von pechhaltigem Straßenaufbruch in Bayern" – wurde bereits angekündigt. Diese Abstimmung wird nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen und nicht mehr jetzt unmittelbar. Das möchte ich der Ordnung halber sagen, sodass sich jeder darauf einstellen kann.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir pünktlich um 13.30 Uhr Tagesordnungspunkt 3, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, aufrufen werden.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung zur Mittagspause.

(Unterbrechung von 13.01 bis 13.32 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7

(Tagesordnungspunkt 9)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(ENTH) oder	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verordnung

 Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß Art. 11 Abs. 1 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes zum Entwurf einer Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfPV) Drs. 17/2514, 17/4305 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH

Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Effektive Kontrollen in der Forensik – Würde psychisch Kranker wahren! Drs. 17/675, 17/4111 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD Asylsozialberatung nicht auf die Landkreise übertragen Drs. 17/1635, 17/4071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Obersalzberg: Zuständigkeit des IfZ erhalten Drs. 17/1811, 17/4309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Frauenhäuser und Notrufe in Bayern I Einrichtung von Interventions- und Beratungsstellen mit einem pro-aktiven Beratungsansatz Drs. 17/2111, 17/4100 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Frauenhäuser und Notrufe in Bayern II Anpassung der Fördersätze für Frauenhäuser und Notrufe an die Kosten- und Gehaltsentwicklung Drs. 17/2112, 17/4101 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Frauenhäuser und Notrufe in Bayern III
 Überprüfung der fachlichen und personellen Vorgaben sowie der
 Versorgungsquoten aus dem "Gesamtkonzept für Frauenhäuser in Bayern"
 auf der Basis einer bayernweiten Bedarfsanalyse
 Drs. 17/2113, 17/4107 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Frauenhäuser und Notrufe in Bayern IV
 Einrichtung regionaler Fachberatungsstellen zur Prävention und Intervention bei Gewalt gegen Frauen mit Behinderung
 Drs. 17/2114, 17/4108 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Frauenhäuser und Notrufe in Bayern V
 Spezialisierte und barrierefrei zugängliche Schutz- und Beratungsangebote
 für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung und für Frauen
 mit einer psychischen Erkrankung ausbauen
 Drs. 17/2115, 17/4109 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD

Ausbau der Elektrifizierung des Lückenschlusses der Franken-Sachsen-Magistrale von Hof nach Nürnberg mit Anschluss von Bayreuth nach Cheb unverzüglich auf den Weg bringen Drs. 17/2288, 17/4404 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Franz Schindler, Reinhold Strobl u.a. SPD Verbesserte Schienenverbindung nach Prag Drs. 17/2289, 17/4405 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Karl Freller, Erwin Huber u.a. CSU Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg – Sulzbach-Rosenberg – Amberg – Schwandorf – Furth im Wald – Prag Drs. 17/2355, 17/4406 (E)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Angemessenes Hilfsangebot für Opfer häuslicher Gewalt in Bayern schaffen (I) Drs. 17/2455, 17/4110 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Angemessenes Hilfsangebot für Opfer häuslicher Gewalt in Bayern schaffen (II) Drs. 17/2456, 17/4112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Situation der Ehe-, Partnerschafts-, Familien- und Lebensberatung verbessern Drs. 17/2517, 17/4113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD Vermittlung interkultureller Kompetenz für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern und interkulturelle Öffnung desselben in Bayern Drs. 17/2554, 17/4325 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Modellprojekte zur generalistischen Pflegeausbildung in Bayern Drs. 17/2555, 17/4401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger SPD, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Barrierefreier Ausbau Bahnhof Ansbach Drs. 17/2613, 17/4407 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

20. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Maßnahmen zum Schutz des Bergwalds: Durchführung einer Anhörung zur aktuellen Situation des Bergwalds Drs. 17/2647, 17/4300 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule
nicht in Frage stellen und solides und langfristiges Fundament ermöglichen
Drs. 17/2677, 17/4368 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Investitionsplan für Büchereien und öffentliche Mediatheken Drs. 17/2769, 17/4367 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Breitbandförderung: Pool-Lösung für interkommunale Zusammenarbeit Drs. 17/2830, 17/4288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Oliver Jörg,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Studienplatzkapazitäten im sonderpädagogischen Bereich ausweiten
Drs. 17/2844, 17/4310 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer-Stäblein, Judith Gerlach u.a. CSU Differenzierung des Gewichtungsfaktors für Kinder unter drei Jahren Drs. 17/2846, 17/4116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Anreize für interkommunale Aktivitäten prüfen Drs. 17/2847, 17/4291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

27.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierten
	Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!
	Drs. 17/2851, 17/4282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger u.a. CSU Einheitliches Bayerisches Messekonzept Drs. 17/2867, 17/4408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen I – Situation von Menschen mit Behinderung auch im jährlichen Datenreport analysieren

Drs. 17/2912, 17/4139 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen II – Alleinerziehende vor Armut schützen! Drs. 17/2913, 17/4117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schluss mit dem Befristungsdilemma für Junglehrkräfte an Fachoberschulen und Berufsoberschulen Drs. 17/3093, 17/4326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht über die Planungen der Staatsregierung im Bereich Fußball-Fankultur Drs. 17/3096, 17/3888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Beteiligung Bayerns am bundesweiten Projekt für Verbraucherberatung im Pflegebereich Drs. 17/3102, 17/4302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hochwasserschutz vorantreiben: Entschädigung von land- und fortwirtschaftlichen Flächen Drs. 17/3104, 17/4304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		A

55. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zum Modellprojekt "Schulen und Umweltstationen kooperieren" Drs. 17/3105, 17/4363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept für ein Storchenzentrum im Aischgrund Drs. 17/3108, 17/4303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Α

Die SPD-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wegfall des Versorgungszuschlags für Krankenhäuser verhindern! – Keine Kürzungen in der Krankenhausvergütung vornehmen Drs. 17/3196, 17/4402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen III – Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten! Drs. 17/3235, 17/4140 (ENTH)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunft der Insolvenzberatung in Bayern sichern I – Neuordnung der Schuldner- und Insolvenzberatung Drs. 17/3202, 17/4262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Gymnasialkonzept: Rolle der Ministerialbürokratie aufklären und Schranken aufzeigen
 Drs. 17/3363, 17/4166

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
 Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern Drs. 17/3393, 17/4167

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

42. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bericht über Maßnahmen für den Fall des Auftretens der Ebola-Erkrankung in Bavern

Drs. 17/3713, 17/4183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Aufklärung über die Ebola-Epidemie und ihre möglichen Folgen für den Freistaat Drs. 17/4089, 17/4184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ulrich Leiner, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Situation der bayerischen Krankenhäuser verbessern! Drs. 17/2523, 17/4400 (E)

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ